

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für lokale Behörden;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für lokale Behörden zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 1. JUNI 2004 ÜBER DIE
AUSÜBUNG GEWISSE ZUSTÄNDIGKEITEN DER WALLONISCHEN REGION IM BEREICH
DER UNTERGEORDNETEN BEHÖRDEN DURCH DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEIN-
SCHAFT**

INHALTSANGABE

Mit diesem Dekretentwurf soll der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Anwendung von Artikel 139 der Verfassung die Ausübung der Zuständigkeit der Wallonischen Region im Bereich der Gemeindefusionen übertragen werden.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	6
Vorentwurf	7

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Artikel 4 des Sondergesetzes vom 13. Juli 2001 zur Übertragung verschiedener Befugnisse an die Regionen und Gemeinschaften, der am 1. Januar 2002 in Kraft getreten ist, ändert Artikel 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen ab und überträgt den Regionen die Zuständigkeit bezüglich der Änderung oder Berichtigung der Grenzen der Provinzen und Gemeinden, mit Ausnahme der Grenzen der Gemeinden, die in Artikel 7 der koordinierten Gesetze vom 18. Juli 1966 über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten genannt werden, und der Gemeinden Comines-Warneton und Voeren.

Artikel 139 der Verfassung sieht Folgendes vor: "Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Region in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben. Diese Befugnisse werden je nach Fall im Wege von Dekreten, Erlassen oder Verordnungen ausgeübt."

Dennoch haben die Wallonische Region und die Deutschsprachige Gemeinschaft nie von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, sofern es um die Änderung und Berichtigung von Gemeindegrenzen auf dem deutschen Sprachgebiet geht. So übt die Deutschsprachige Gemeinschaft bislang keine Befugnisse in diesem Bereich aus (weder die Möglichkeit oder Organisation der Fusion noch die Finanzierung).

Aus Artikel L1151-1 des wallonischen Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (hiernach Kodex genannt) und den parlamentarischen Arbeiten geht hervor, dass die Wallonische Region sich dafür entschieden hat, ihr Dekret nicht auf die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets anwendbar zu machen.

Artikel L1151-1 des Kodex, der durch das wallonische Dekret vom 2. Mai 2019 eingeführt wurde, besagt nämlich: "Der vorliegende Titel (Freiwillige Gemeindefusion) ist auf alle Gemeinden anwendbar, die sich auf dem französischen Sprachgebiet befinden."

Auf Seite 3 des Ausschussberichts zum Dekretentwurf zur Änderung des Kodex im Hinblick auf die Festlegung des Rahmens für die freiwillige Gemeindefusion betonte die für die lokalen Behörden zuständige Ministerin, dass "die vorliegenden Dekretentwürfe auf die auf dem französischen Sprachgebiet gelegenen Gemeinden anwendbar sind. Im Übrigen sind, wie vom Staatsrat bestätigt, die Malmedyer Gemeinden mit einer besonderen Sprachregelung nicht vom Anwendungsbereich dieser Dekrete ausgenommen. Was die deutschsprachigen Gemeinden betrifft, so sind sie vom Anwendungsbereich dieser Entwürfe ausgenommen. Während die Wallonische Region für die Fusion von Gemeinden zuständig ist, ist die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Fusion der ÖSHZ zuständig. Daher könnte eine Übertragung der Zuständigkeit auf die Deutschsprachige Gemeinschaft zu einem späteren Zeitpunkt in Betracht gezogen werden." (*Parlamentsdokumente*, Wall. Parl., 2018-2019, Nr. 1378/3, S. 3)¹.

¹ Ursprünglicher Wortlaut: [...] « les présents projets de décret s'appliquent aux communes situées sur le territoire de la région de langue française. Par ailleurs, comme l'a confirmé le Conseil d'État, les communes malmédiennes, à régime linguistique spécial, ne sont pas écartées du champ d'application de ces décrets. En ce qui

Diese Vorgehensweise wurde vom Staatsrat als zulässig erachtet, da die Deutschsprachige Gemeinschaft für die ÖSHZ zuständig ist und ein einseitiger wallonischer Rechtsrahmen für Gemeindefusionen im deutschen Sprachgebiet die Kompetenzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft unverhältnismäßig stark beeinträchtigen würde. In seinem Gutachten Nr. 65.407 (S. 9 und 10) zum Vorentwurf des wallonischen "Fusionsdekrets" führte der Staatsrat aus:

"Was ausdrücklich die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets betrifft, ist darauf hinzuweisen, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft gemäß Artikel 5 §1 II. 2° des Sondergesetzes vom 8. August 1980 hierfür zuständig ist, im Rahmen der Personenhilfe "die Sozialhilfepolitik einschließlich der grundlegenden Rechtsvorschriften über die öffentlichen Sozialhilfezentren mit Ausnahme [...] b) der Angelegenheiten mit Bezug auf die öffentlichen Sozialhilfezentren, die in den Artikeln 1 und 2 [...] des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren geregelt sind", wobei die letztgenannten Angelegenheiten weiterhin in den föderalen Zuständigkeitsbereich fallen.

Artikel 2 Absatz 2 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren legt fest: "Jede Gemeinde des Königreichs wird von einem öffentlichen Sozialhilfezentrum betreut."

Daraus folgt, dass der regionale Fusionsmechanismus, wenn er auf die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, die untereinander und nur untereinander fusionieren möchten, anwendbar gemacht würde, zur Einhaltung der in Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. Juli 1976 verankerten föderalen Kompetenzregel die notwendige Fusion der öffentlichen Sozialhilfezentren, die die fusionierten Gemeinden betreuen, mit sich bringen würde. Angesichts der Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Regelung der Sozialhilfepolitik einschließlich der organischen Regeln für die öffentlichen Sozialhilfezentren erscheint es der Abteilung Gesetzgebung, zumindest im Lichte der ihr zum Zeitpunkt der Abgabe ihres Gutachtens vorliegenden Informationen, dass eine solche einseitig von der Wallonischen Region beschlossene Anwendbarkeit die der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesem Bereich zuerkannten Zuständigkeiten unverhältnismäßig beeinträchtigen würde.

Ein zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschlossenes Zusammenarbeitsabkommen würde ein geeignetes Instrument zur Überwindung dieser Schwierigkeit darstellen."²

concerne les communes germanophones, elles sont exclues du champ d'application de ces projets. Si la Région wallonne est compétente pour la fusion des communes, la Communauté germanophone l'est pour la fusion des CPAS. Dès lors, un transfert de compétence vers la Communauté germanophone pourrait être envisagé ultérieurement. »

² Ursprünglicher Wortlaut: « En ce qui concerne spécifiquement les communes de la région de langue allemande, il convient de relever que la Communauté germanophone est compétente, conformément à l'article 5, § 1er, II, 2°, de la loi spéciale du 8 août 1980, pour régler, au titre de l'aide aux personnes, « la politique d'aide sociale, en ce compris les règles organiques relatives aux centres publics d'aide sociale, à l'exception [...] b) des matières relatives aux centres publics d'aide sociale réglées par les articles 1er et 2 [...] de la loi organique du 8 juillet 1976 relative aux centres publics d'action sociale [...] », ces dernières matières demeurant de compétence fédérale.

Selon l'article 2, alinéa 2, de la loi du 8 juillet 1976 'organique des centres publics d'action sociale', Chaque commune du Royaume est desservie par un centre public d'action sociale ».

Il en résulte que le mécanisme régional de fusion, s'il était rendu applicable aux communes de la région de langue allemande qui souhaiteraient fusionner entre elles et entre elles seulement, emporterait, pour respecter la règle de compétence fédérale inscrite à l'article 2, alinéa 2, de la loi du 8 juillet 1976, la nécessaire fusion des centres publics d'action sociale desservant les communes fusionnées. Compte tenu de la compétence de la Communauté germanophone pour régler la politique d'aide sociale en ce compris les règles organiques relatives aux centres publics d'aide sociale, il apparaît à la section de législation, à tout le moins à la lumière des éléments dont elle dispose au moment de rendre son avis, qu'une telle applicabilité décidée unilatéralement par la Région wallonne serait de nature à porter une atteinte disproportionnée aux compétences reconnues à la Communauté germanophone en la matière.

Un accord de coopération conclu entre la Région wallonne et la Communauté germanophone constituerait un instrument approprié pour surmonter cette difficulté. »

Indem das wallonische "Fusionsdekret" nicht auf die Gemeinden im deutschen Sprachgebiet anwendbar gemacht wurde, kann es somit keine Auswirkungen auf die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die ÖSHZ haben, so dass ein Zusammenarbeitsabkommen nicht erforderlich ist.

Folglich sind die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets vom Anwendungsbereich des wallonischen Dekrets ausgenommen, wobei zu beachten ist, dass es mangels einer Zuständigkeit keine spezifischen Bestimmungen auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt. Diese Situation führt zu einer Rechtslücke: Derzeit ist es - in Ermangelung einer dekretalen Grundlage - tatsächlich unmöglich, dass deutschsprachige Gemeinden untereinander fusionieren.

Da die Deutschsprachige Gemeinschaft bereits für andere Aspekte im Zusammenhang mit untergeordneten Befugnissen zuständig ist, die bereits 2004 und 2014 übertragen wurden, ist es aus Gründen der Kohärenz angebracht, ihr die Möglichkeit zu geben, eigene Regeln für die Änderung oder Berichtigung von Gemeindegrenzen aufzustellen.

Um dies zu konkretisieren, ist eine Kompetenzübertragung durch Abänderung der Dekrete vom 27. Mai 2004 und vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft erforderlich. Daher ist es in Anwendung von Artikel 139 der Verfassung notwendig, dass das Wallonische Parlament und das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft jeweils ein gleichlautendes Dekret zur Übertragung dieser Zuständigkeit verabschieden, das zum selben Zeitpunkt in Kraft tritt.

Ab diesem Zeitpunkt wird die Deutschsprachige Gemeinschaft dekretal intervenieren können, um die freiwilligen Fusionen deutschsprachiger Gemeinden zu regeln (ausschließlich untereinander, da eine Fusion einer deutschsprachigen Gemeinde mit einer französischsprachigen Gemeinde zu einer Änderung der Grenzen der Sprachgebiete führen würde, was ausschließlich in der Zuständigkeit des Föderalstaats bleibt).

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel ermöglicht es der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die Gemeindegrenzen, die sich innerhalb des deutschen Sprachgebiets befinden, zu ändern oder zu berichtigen. Eine Änderung der Grenzen der Sprachgebiete, die ausschließlich in föderaler Zuständigkeit bleibt, ist ausgeschlossen. Daraus folgt, dass eine Fusion zwischen einer deutschsprachigen und einer französischsprachigen Gemeinde nicht möglich ist.

Artikel 2

Der Artikel legt das Inkrafttreten des Dekrets auf den 1. Januar 2025 fest, vorausgesetzt, ein vom Wallonischen Parlament verabschiedetes gleichlautendes Dekret tritt ebenfalls an diesem Datum in Kraft.

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft

Artikel 1 – In Artikel 1 Absatz 1 des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 27. April 2009 und 5. Mai 2014, wird zwischen der Nummer 1 und der Nummer 1.1 folgende Nummer 1.0 eingefügt:

„1.0 Artikel 6 §1 VIII. Absatz 1 Nummer 2 des Sondergesetzes, begrenzt auf die Änderung oder die Korrektur von Grenzen der Gemeinden, die sich innerhalb des deutschen Sprachgebiets befinden;“

Art. 2 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2025 in Kraft, vorausgesetzt, ein vom Parlament der Wallonischen Region verabschiedetes gleichlautendes Dekret tritt ebenfalls an diesem Datum in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von
Oliver Paasch Ministerpräsident
Datum: 2025.04.28 09:26:10
+02'00'

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre des Pouvoirs locaux;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière de Pouvoirs locaux est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret modifiant le décret du 1^{er} juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés

CONTENU

Ce projet de décret vise à transférer à la Communauté germanophone, en application de l'article 139 de la Constitution, l'exercice de la compétence de la Région wallonne en matière de fusions des communes.

SOMMAIRE

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire des articles.....	6
Avant-projet	7

EXPOSE DES MOTIFS

EXPLICATIONS GENERALES

L'article 4 de la loi spéciale du 13 juillet 2001 portant transfert de diverses compétences aux régions et communautés, entré en vigueur le 1^{er} janvier 2002, modifie l'article 6 de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980 et attribue aux régions la compétence relative au changement ou à la rectification des limites des provinces et des communes, à l'exception des limites des communes citées à l'article 7 des lois sur l'emploi des langues en matières administratives, coordonnées le 18 juillet 1966, et des communes de Comines-Warneton et de Fourons.

L'article 139 de la Constitution prévoit que « Sur proposition de leurs Gouvernements respectifs, le Parlement de la Communauté germanophone et le Parlement de la Région wallonne peuvent, chacun par décret, décider d'un commun accord que le Parlement et le Gouvernement de la Communauté germanophone exercent, dans la région de langue allemande, en tout ou en partie, des compétences de la Région wallonne. Ces compétences sont exercées, selon le cas, par voie de décrets, d'arrêtés ou de règlements. »

Néanmoins, la Région wallonne et la Communauté germanophone n'ont jamais recouru à cette possibilité en ce qui concerne le changement et la rectification des limites des communes sur le territoire de la région de langue allemande. Ainsi, la Communauté germanophone n'exerce jusqu'à présent pas de compétences en la matière (ni la possibilité ni l'organisation de la fusion, ni celle du financement).

À la lecture de l'article L1151-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (CDLD) et des travaux parlementaires, il ressort que la Région wallonne a fait le choix de ne pas rendre applicable son décret aux communes de la région de langue allemande.

L'article L1151-1 du CDLD, inséré par le décret de la Région wallonne du 2 mai 2019, dispose en effet que « Le présent titre (Fusion volontaire de communes) s'applique à toutes les communes situées sur le territoire de la région de langue française. »

À la page 3 du rapport de commission relatif au projet de décret modifiant le Code de la démocratie locale et de la décentralisation en vue d'établir le cadre de la fusion volontaire de communes, la Ministre en charge des pouvoirs locaux soulignait que « les présents projets de décret s'appliquent aux communes situées sur le territoire de la région de langue française. Par ailleurs, comme l'a confirmé le Conseil d'État, les communes malmédiennes, à régime linguistique spécial, ne sont pas écartées du champ d'application de ces décrets. En ce qui concerne les communes germanophones, elles sont exclues du champ d'application de ces projets. Si la Région wallonne est compétente pour la fusion des communes, la Communauté germanophone l'est pour la fusion des CPAS. Dès lors, un transfert de compétence vers la Communauté germanophone pourrait être envisagé ultérieurement. » (*Documents parlementaires*, PW, 2018-2019, n° 1378/3, p. 3).

Cette manière de procéder a été jugée admissible par le Conseil d'État du fait que la Communauté germanophone est compétente pour les CPAS et qu'un cadre réglementaire wallon unilatéral pour les fusions de communes dans la région de langue allemande porterait une atteinte disproportionnée aux compétences de la Communauté germanophone. Dans son avis n° 65.407 (pp. 9 et 10) sur l'avant-projet de décret « fusion », le Conseil d'État indiquait :

« En ce qui concerne spécifiquement les communes de la région de langue allemande, il convient de relever que la Communauté germanophone est compétente, conformément à l'article 5, § 1^{er}, II, 2°, de la loi spéciale du 8 août 1980, pour régler, au titre de l'aide aux personnes, "la politique d'aide sociale, en ce compris les règles organiques relatives aux centres publics d'aide sociale, à l'exception

[...] b) des matières relatives aux centres publics d'aide sociale réglées par les articles 1^{er} et 2 [...] de la loi organique du 8 juillet 1976 relative aux centres publics d'action sociale [...]», ces dernières matières demeurant de compétence fédérale.

Selon l'article 2, alinéa 2, de la loi du 8 juillet 1976 'organique des centres publics d'action sociale', « Chaque commune du Royaume est desservie par un centre public d'action sociale ».

Il en résulte que le mécanisme régional de fusion, s'il était rendu applicable aux communes de la région de langue allemande qui souhaiteraient fusionner entre elles et entre elles seulement, emporterait, pour respecter la règle de compétence fédérale inscrite à l'article 2, alinéa 2, de la loi du 8 juillet 1976, la nécessaire fusion des centres publics d'action sociale desservant les communes fusionnées. Compte tenu de la compétence de la Communauté germanophone pour régler la politique d'aide sociale en ce compris les règles organiques relatives aux centres publics d'aide sociale, il apparaît à la section de législation, à tout le moins à la lumière des éléments dont elle dispose au moment de rendre son avis, qu'une telle applicabilité décidée unilatéralement par la Région wallonne serait de nature à porter une atteinte disproportionnée aux compétences reconnues à la Communauté germanophone en la matière.

Un accord de coopération conclu entre la Région wallonne et la Communauté germanophone constituerait un instrument approprié pour surmonter cette difficulté. »

En ne rendant pas applicable le décret « fusion » aux communes de la région de langue allemande, celui-ci ne saurait donc avoir aucun impact sur la compétence de la Communauté germanophone en matière de CPAS, de sorte qu'un accord de coopération n'est pas nécessaire.

En conséquence, les communes de la région de langue allemande sont exclues du champ d'application du décret wallon tout en sachant qu'il n'existe pas, en l'absence de compétence, de dispositions spécifiques au niveau de la Communauté germanophone. Cette situation conduit à un vide juridique : actuellement, il est bel et bien impossible – en l'absence de base décrétable – que des communes germanophones fusionnent entre elles.

Étant donné que la Communauté germanophone est déjà compétente en matière d'autres aspects relatifs aux pouvoirs subordonnés déjà transférés en 2004 et 2014, il s'indique, par souci de cohérence, de lui permettre d'établir ses propres règles relatives au changement ou à la rectification des limites des communes.

Afin de concrétiser cela, un transfert de compétence par la modification des décrets du 27 mai 2004 et du 1^{er} juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés est nécessaire. Dès lors, il convient, en application de l'article 139 de la Constitution, que le Parlement wallon et le Parlement de la Communauté germanophone adoptent un décret identique transférant cette compétence, entrant en vigueur à la même date.

À partir de ce moment, la Communauté germanophone pourra légiférer pour encadrer les fusions volontaires des communes germanophones (entre elles uniquement, car une fusion d'une commune germanophone avec une commune francophone entraînerait une modification des limites des régions linguistiques, ce qui reste exclusivement de compétence fédérale).

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cet article permet à la Communauté germanophone de changer ou de rectifier les limites communales situées à l'intérieur du territoire de la région de langue allemande. Une modification des

limites des régions linguistiques, qui reste exclusivement de compétence fédérale, est exclue. Il s'en suit qu'une fusion entre une commune germanophone et une commune francophone est impossible.

Article 2

Cet article fixe l'entrée en vigueur du présent décret au 1^{er} janvier 2025, pour autant qu'un décret identique adopté par le Parlement wallon entre également en vigueur à cette date.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret modifiant le décret du 1^{er} juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés

Article 1^{er} – À l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés, modifié par les décrets des 27 avril 2009 et 5 mai 2014, il est inséré entre les 1° et 1.1 un 1.0 rédigé comme suit :

1.1 à l'article 6, § 1^{er}, VIII, alinéa 1^{er}, 2°, de la loi spéciale, limité au changement ou à la rectification des limites communales situées à l'intérieur du territoire de la région allemande; ».

Art. 2 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2025, pour autant qu'un décret identique adopté par le Parlement de la Région wallonne entre également en vigueur à cette date.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH